

Nützliche Nachrichten 3/2006

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 10. April 2006

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Terror schafft Terror oder „Wann wird man je verstehen“

Andreas Buro

„Mit Terroristen kann man nicht verhandeln!“ So oder anders formuliert ist es überall zu lesen und gängige Weisheit. Terror heißt zu Deutsch Schrecken. Wenn Militär Giftgas einsetzt, bombt oder auf Demonstranten schießt, verbreitet es Schrecken. Wenn Selbstmordattentäter andere in die Luft sprengen verbreiten auch sie Schrecken, Terror. Wenn sie gegeneinander den Schrecken ausweiten, entsteht nur mehr Terror und wir wissen aus Irland, vom Balkan, von Sri Lanka, aus Afghanistan, Irak und vielen lateinamerikanischen Ländern, wie lange und weitgehend Schrecken eskalieren kann. Selbstverständlich werden immer nur „die jeweils anderen“ als Terroristen bezeichnet.

Der einzige Ausweg besteht darin, dass diejenigen, die Schrecken verbreiten, mit einander den Dialog für eine Lösung ihres Konflikts aufnehmen. Da ist es wenig hilfreich, wenn andere Kräfte außerhalb des Konflikts immer noch weiter an der Schuldzuweisung für die eine oder die andere Seite festhalten, Gruppierungen in Listen von so genannten Terrororganisationen aufnehmen und die Partei ergreifende Verfolgung internationalisieren. Sie blockieren damit nur zusätzlich ein Lösung des Konflikts. Das gilt für den Umgang mit der Hamas genauso wie für den türkisch-kurdischen Konflikt.

Ende 2002 hatten wir Gelegenheit dem heutigen Ministerpräsidenten der Türkei Erdogan ein Memorandum zu übergeben. Die Menschenrechtslage in der Türkei sei nur zu verbessern, wenn der türkisch-kurdische Konflikt friedlich beigelegt würde. Die Voraussetzungen hierfür waren damals sehr günstig, da die PKK einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen hatte und zum Dialog bereit war. Wir machten entsprechende Vorschläge. Daraufhin wurde unser Besuch in Ankara in den öffentlichen Medien trotz langer TV- und Radio-Interviews zum Non-Event. Später erklärte Erdogan in Berlin, es gäbe keine Kurdenfrage.

Die Folge dieser Blockadehaltung gegenüber der Aufnahme des Dialogs ist gegenwärtig in der Türkei, und zwar nicht allein im Südosten, zu beobachten. Gewalt beherrscht wieder die Szene und Gewaltopfer werden beklagt, wobei neue Gewalt und neuer Hass entstehen.

Diese Entwicklung hat gefährliche Nebenwirkungen. Das Militär, das selbst straflos auf Zivilisten Bomben zur Gewalteskalation, als wären sie von Kurden, werfen läßt, verstärkt wieder seine Position gegenüber der gewählten Regierung und schwächt Demokratie und Recht in der Türkei. Diese ihrerseits wagt sich angesichts von Gewalt und sich verstärkendem türkischen Nationalismus nicht, auf Dialog und Aussöhnung zu setzen.

Aber auch die kurdische Seite verhärtet sich. Mehr oder weniger von der Guerilla abhängige Gruppen bomben im ganzen Land und bieten damit den Nährboden für nationalistische und rechte Gruppierungen und ihre populistische Propaganda. Schon hat sich die Hoffnungsträgerin Leyla Zana „aufs Land“ zurück gezogen. Profilierte Konkurrenten von Öcalan werden ermordet. Der innere Machtkampf auf türkischer und auf kurdischer Seite überlagert den eigentlichen Konflikt.

Die EU-Staaten stehen der Situation hilflos gegenüber, während ihre Gerichte PKKler in ihren Ländern juristisch verfolgen, als ob dies ein Beitrag zu einer friedlichen Lösung wäre. Das Anti-Kriegslied gesungen von Marlene Dietrich, das so viele nachdenklich machte, endete mit dem Refrain: „Wann wird man je verstehen?“ Eine nur allzu berechtigte Frage!

Ereignis-Kalender

Berliner Innensenator: Keine Hassreden gegen die Armenier

Nach einer Demonstration türkischer Nationalisten am 18. März 2006 in Berlin lässt Innensenator Ehrhart Körting (SPD) rechtliche Konsequenzen für den Chef der türkischen Arbeiterpartei, Dogu Perincek, prüfen. Der Politiker habe bei der Demonstration den Genozid an den Armeniern 1915 im osmanischen Reich geleugnet, sagte Körting vor dem Innenausschuss. Damit er keine „Hassreden“ mehr halten könne, prüfe die Ausländerbehörde jetzt vorbeugend eine Ausweisung

von Perincek für den Fall seiner Wiedereinreise nach Deutschland.

Nach Angaben Körtings hatten in Berlin 1350 türkische Nationalisten demonstriert. Sie forderten unter anderem die Rücknahme eines Bundestagsbeschlusses von Mitte 2005, in dem an die „fast vollständige Vernichtung der Armenier in Anatolien“ erinnert wird.

(ddp und yahoo, 20.3.06)

Ziviler Ungehorsam für die Meinungsfreiheit

Die Initiative für Meinungsfreiheit, die 1995 Aktionen des zivilen Ungehorsams zur Aufhebung von Bestimmungen gegen die Meinungsfreiheit im türkischen Strafgesetzbuch einleitete, will ihre Arbeit erneut aufnehmen und gegen das neue Strafgesetz kämpfen. Wie der Komponist Sanar Yurdatapan als Sprecher der Initiative mitteilte, hat die Gruppe ein Buch mit dem Titel „Freiheit den Gedanken 1995-2006“ heraus gegeben, das aus Texten und Wörtern besteht, die von der Staatsanwaltschaft inkriminiert worden sind. „Am 28. März werden wir dieses Buch unterzeichnen, es dann an Passanten verteilen und uns hinterher bei der Staatsanwaltschaft selbst anzeigen“, erklärte Yurdatapan.

Die angeklagten Autoren sind u.a. Orhan Pamuk, Baskin Oran, Hrant Dink, Hasan Cemal, Erol Katircioglu, Ismet Berkan, Haluk Sahin, Murat Belge, Murat Yetkin, Nese Düzel und Musa Kart. Die Prozesse dauern teilweise noch an.

Sanar Yurdatapan erinnerte daran, dass sich an der Aktion des zivilen Ungehorsams, die 1995 mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Yasar Kemal gestartet wurde, innerhalb kurzer Zeit 185 Personen beteiligten. „Die Gerichtsverfahren gegen so viele Angeklagte nahmen viel Zeit in Anspruch. Allein die Aufnahme der Aussagen dauerte zweieinhalb Jahre. Als die Urteilsverkündung nahte, wurde ein neues Gesetz erlassen und alle Verfahren eingestellt. Deshalb wird dieses Mal die Anzahl der Unterzeichner höchstens 25 betragen. Sie sollen uns entweder sofort verurteilen oder die entsprechenden Paragraphen ändern.“

Zu den Erstunterzeichnern gehören Sanar Yurdatapan, Pinar Selek, Perihan Magden, Ragip Zarakolu, Yusuf Alatas, Abdurrahman Dilipak, Kazim Genc, Mahir Günsiray, Mehmet Bekaroglu, Seymus Diken und Sema Kaygusuz.

(Yeni Özgür Politika und Radikal, 21.3.06, ISKU)

Newroz - Neujahrfest der Kurden von Millionen gefeiert

Das traditionelle Neujahrfest der Kurden, das seit 612 vor Chr. alljährlich am 21. März gefeiert wird, wurde in diesem Jahr von Millionen KurdInnen in der Türkei und Kurdistan friedlich begangen. Es stand unter der Losung „Die Türkei von Semdinli aus zu erleuchten“. In der entlegenen Kleinstadt nahe der iranischen Grenze hatte die kurdische Bevölkerung im November 2005 Agenten des Militärgeheimdienstes nach einem Anschlag auf die Buchhandlung „Umut-Hoffnung“ auf frischer Tat gestellt. Genau in diesem Ort sollten die Newroz-Feierlichkeiten am 18. März beginnen, die Polizei hatte allerdings das Fest verboten. Schwerebewaffnete Soldaten verhinderten die Anreise von Demonstranten aus benachbarten Orten. Eine Vielzahl kurdischer Bürgermeister und der Vorstand der Partei für eine Demokratische Gesellschaft, DTP, darunter Parteivorsitzender

Ahmet Türk und Oberbürgermeister von Diyarbakir Osman Baydemir, fanden sich dennoch in Semdinli ein. Nach einem Schweigemarsch durch die Straßen von Semdinli wurde die bombardierte Buchhandlung Umut wiedereröffnet und anschließend wurde Newroz von der Massenmenge gefeiert.

Osman Beydemir, erklärte bei der Wiedereröffnung: „Manchmal liest man ein Buch, das das ganze Leben verändert. Vielleicht verändert diesmal ein Buchhändler das Schicksal der Türkei.“

In Diyarbakir tanzten und sangen Hunderttausende KurdInnen wie auch in vielen kurdischen und türkischen Städten. Wie in Vorjahren wurden auch dieses Jahr Menschen festgenommen. Gegen Veranstalter der Feierlichkeiten wegen der Benutzung der Buchstaben „W“ polizeilich und gerichtlich vorgegangen, weil die türkische Herrschaften, das kurdische Newroz, als Nevroz vorschreiben.

Leyla Zana angeblich in Ruhepause

Die prominenteste Kurdenpolitikerin in der Türkei, Leyla Zana, hat sich nach einer Meldung der pro-islamischen Zeitung Zaman aus der aktiven Politik zurückgezogen, um sich ihrer Familie zu widmen. Zana wohne mit ihrem Mann und den beiden Kindern jetzt in ihrem Heimatdorf im Südosten der Türkei, meldete Zaman am 23. März 2006. Nach DTP-Kreisen (Partei für eine demokratische Gesellschaft) soll Leyla Zana eine „Pause“ eingelegt haben.

(Zaman und AFP, 23.3.06; junge Welt, 24.3.06; taz, 5.4.06)

EU für muttersprachliche Bildung und Erziehung

Bei den EU-Beitrittsgesprächen mit der Türkei zeichnet sich eine erste Krise ab. Frankreich und einige andere EU-Länder drängen darauf, dass politische Beitrittskriterien bereits bei der Eröffnung jedes einzelnen Verhandlungskapitels eine entscheidende Rolle spielen müssen.

Der französischen Regierung gehe es darum, Grundrechte wie Meinungsfreiheit oder Gleichberechtigung gleich zu Beginn des auf mindestens zehn Jahre angelegten Verhandlungsmarathons zu verankern. Die Türkei lehnt dies ab. Die Debatte über die Erfüllung der so genannten Kopenhagener Kriterien habe schließlich bereits vor der Grundsatzentscheidung über Gespräche stattgefunden.

Der österreichische EU-Ratsvorsitz kündigte am 23. März 2006 an, dass noch vor Juni Gespräche über das erste Kapitel "Bildung und Forschung" beginnen sollen. Dabei könnte es dann erstmals zu einer "Politisierung" der Bedingungen kommen. Bei den bisherigen Beitrittsverhandlungen war die Eröffnung von Kapiteln ein eher technischer Schritt. Deutschland nehme in der Diskussion eher eine Mittlerposition ein, hieß es am 23. März in Regierungskreisen in Berlin. Man könne sich durchaus vorstellen, dass etwa für Gespräche über das Bildungskapitel zunächst geprüft werden müsse, ob in der Türkei die Chancengleichheit für Minderheiten gewährleistet sei.

"Die meisten EU-Staaten fordern, dass die politischen Kriterien bei jedem einzelnen Verhandlungskapitel zur Sprache kommen sollen", betonte dagegen der französische Diplomat. Paris habe rund 20 der 25 EU-Länder hinter sich - die aber offenbar unterschiedlich weit gehen wollen. Großbritannien, Spanien, Schweden und Finnland lehnen den Vorstoß ab.

Am 27. März meldete das türkische Blatt Hürriyet, dass die EU im Kapitel "Bildung und Forschung" neben der Amtssprache

Erziehung auch in den Muttersprachen der Minderheiten fordere. Dies sei für die Türkei nicht hinnehmbar. Eine Krise mit der Eu stehe vor der Tür.

(Handelsblatt, 24.3.06; Hürriyet 27.3.06; Wiener Zeitung, 31.3.06; Salzburger Nachrichten, 1.4.06)

Eren Keskin verurteilt

Zu zehn Monaten Haft, ersatzweise zur Zahlung von 4500 Euro, ist Eren Keskin, Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD in Istanbul wegen „Beleidigung der türkischen Streitkräfte“ verurteilt worden. Gegenstand des Prozesses war die Teilnahme der Kurdin an einer Podiumsdiskussion im April 2002 in Köln. Sie referierte dort – gestützt auf konkrete Daten, die sie seit 1997 sammelt, über sexuelle Belästigung und Vergewaltigungen in staatlichem Gewahrsam. Weiter verurteilte sie den Druck, den das türkische Militär auf die Politik ausübt. Die Tatsache, dass Waffen und Kapital in einer Hand lägen, mache die militärische Macht so unangreifbar. In der Urteilsbegründung des Gerichtes hieß es, „bestimmte Kreise“ würden „sensible und wertvolle Ämter und Institutionen unter dem Vorwand der Meinungsfreiheit angreifen“.

Die Rechtsanwältin ist Trägerin des Aachener Friedenspreises 2004 und des „Theodor-Haecker-Preises für politischen Mut und Aufrichtigkeit“ 2005 der Stadt Esslingen am Neckar. Sie gilt als scharfe Kritikerin des türkischen Militärs und Verteidigerin der Frauenrechte in ihrem Land. Keskin war bereits inhaftiert, weil sie in einem Brief an das belgische Parlament das Wort „Kurdistan“ verwendet hatte.

In scharfer Form haben der Oberbürgermeister von Esslingen, Jürgen Zieger, und der Vorsitzende des Aachener Friedenspreises, Otmar Steinbicker, gegen das Urteil protestiert, seine Aufhebung gefordert und „alle demokratischen Kräfte in Europa“ zur Solidarität mit der Menschenrechtsaktivistin aufgerufen. Die stellvertretende Vorsitzende des Aachener Friedenspreises, Uta Kempen, vermutet den Hintergrund des Prozesses darin, dass Keskin Frauen, die von Sicherheitskräften sexuell missbraucht wurden, kostenlosen und in einigen Fällen durchaus wirksamen Rechtsbeistand gewährt.

Falls das Urteil vom obersten Kassationsgericht bestätigt werden sollte, will Keskin ins Gefängnis gehen, statt die Geldstrafe zu zahlen. „Kein Mensch soll die Freiheit seiner Meinung mit Geld erkaufen“, sagte sie.

(junge Welt, 25.3.06)

Türkei setzt Giftgas gegen Guerilla ein

Wie das Hauptquartier der ‚Volksverteidigungskräfte‘ (HPG) am 26. März 2006 mitteilte, sind am 25. März 2006 im Gebiet „Mus-Süd“ zwischen Mus-Zentrum, Kulp, Genc und Solhan im Rahmen einer Militäroperation der türkischen Armee unter Beteiligung von 10 000 Militärs und Dorfschützern 14 Guerillakämpfer durch chemische Waffen getötet worden.

Nachdem die türkische Armee das Lager der Guerilla nicht besetzen konnte, soll sie am 25. März gegen Mittag Giftgas eingesetzt haben. Die Familien der getöteten Guerilla erklärten, dass die Leichname schwarz verbrannt waren und keine Schusswunden trugen. Bereits vor einem Monat sollen in Mardin sieben Mitglieder der Guerilla durch chemische Waffen getötet worden sein.

(hpg-online.com, 26.3.06, ISKU; Yeni Özgür Politika, 27.3.06; junge Welt, 28.3.06)

15 Tote Kurden durch Polizeieinsatz bei Protesten

„Schlimmer als in Palästina“ sei die Lage“, sagt ein Bewohner der südosttürkischen Großstadt Diyarbakir. In den vergangenen Tagen brachen auf den Straßen der Stadt die schwersten Auseinandersetzungen seit vielen Jahren aus. Kurdische Demonstranten und türkische Sicherheitskräfte lieferten sich Straßenschlachten. Unter der Überschrift „Rückkehr der Kurdenfrage“ berichtete Gerd Höhler von der Frankfurter Rundschau am 8. April: „Gefechte in den Bergen Südostanatoliens, Straßenschlachten in den Kurdenmetropolen Diyarbakir, Batman und Adana, Bomben in Istanbul: Die Bilder aus der Türkei erinnern an den Bürgerkrieg, dem zwischen 1984 bis 1999 fast 38.000 Menschen zum Opfer fielen.“

Mindestens 15 Menschen, allein 10 in Diyarbakir, wurden getötet. Unter den Opfern waren 5 Kinder, 3 sogar unter 10 Jahren. Eines von ihnen auf dem Balkon und ein anderes auf dem Flachdach ihrer Häuser wurden Opfer der Polizeischüsse. Das dritte Kind spielte auf der Straße. Ein 78jährige wurde auf der Straße von den Sicherheitskräften gelyncht.

Die politischen und militärischen Verantwortlichen der Türkei nehmen die jüngsten Vorfälle zum Anlass, doch noch die seit langen angestrebte Schließung des kurdischen Fernsehsenders ROJ-TV zu erreichen, indem sie den Fernsehkanal für die aktuellen Ereignisse verantwortlich machen. Der Generalstaatsanwalt in Ankara leitet ein Verbotsverfahren gegen die Demokratische Gesellschaftsparte DTP ein. Gezielte massenhafte Festnahmen der Anhänger und Funktionäre der DTP ergänzen das Bild. Die gewählten Bürgermeister der kurdischen Städte werden sowohl von örtlichen Staatsbediensteten und Sicherheitskräfte als auch von angehöriger der Regierung und gar von türkischen Journalisten schikaniert und zur Zielscheibe erklärt.

Der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdogan gab die Richtung, die die Türkei gehen wird mit folgenden Worten bekannt: „Unsere Sicherheitskräfte werden die notwendigen Interventionen gegen all diejenigen durchführen, die sich zum Werkzeug des Terror machen, auch wenn es Kinder oder Frauen sind. Ich möchte, dass dies klar verstanden wird“.

Anwaltskammer Diyarbakir: Folter an Kinder

Die Anwaltskammer Diyarbakir teilt mit, dass Minderjährige, die während der vier Tage andauernden Auseinandersetzungen nach den Guerillabeerdigungen in der Stadt festgenommen wurden, systematisch gefoltert wurden. Als stellvertretender Vorsitzender der Anwaltskammer erklärte Rechtsanwalt Tahir Elci, Gewalt dürfe nicht als Methode in der Lösung der Probleme angewendet werden. Der Tod von Menschen im Alter zwischen sechs und 78 Jahren in Diyarbakir im Verlauf der Vorfälle sei nicht zu akzeptieren. Die Anwaltskammer verurteile die Rechtlosigkeit, die dabei stattgefunden habe. Die Sicherheitskräfte müssten davon absehen, tödliche Schusswaffen einzusetzen. „Willkürliche, extreme und unangemessene Gewalt darf nicht zur Anwendung kommen. Die Behörden und die Verantwortlichen für diese Todesfälle müssen ihr stattgefundenes und kommendes Vorgehen offen legen.“

An die Anwaltskammer sei in 543 Fällen von Festgenommenen die Forderung nach anwaltlichem Beistand gestellt worden, führte Rechtsanwalt Elci weiter aus. Davon seien 199 Personen im Alter unter 18 Jahren, von denen wiederum 91 verhaftet

worden seien. Von 344 festgenommenen Erwachsenen seien 278 verhaftet worden.

„Einschließlich der Minderjährigen haben die meisten der Tatverdächtigen berichtet, auf dem Weg zu Polizeirevierern Misshandlung, Beleidigungen und Folter ausgesetzt gewesen zu sein.“ Mit den Vorfällen der vergangenen Tage sei offen zu Tage getreten, dass das Versprechen der Regierung, Folter nicht zu tolerieren (...) nicht aufrichtig ist.“

(DIHA, 4.4.06, ISKU)

Erdogan gegen Dialog mit kurdischen Politikern

Nach Kurdenprotesten hat Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan einen Dialog mit gesprächsbereiten kurdischen Politikern abgelehnt. Ohne eine deutliche Distanzierung von der PKK stehe er für solche Gespräche nicht zur Verfügung, sagte Erdogan am 4. April vor der Fraktion seiner Regierungspartei AKP in Ankara. Er bezog sich dabei auf ein Angebot des Vorsitzenden der pro-kurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP), Ahmet Türk.

"Ruf erst einmal die Terrororganisation PKK öffentlich zu einer Terrororganisation aus, danach können wir miteinander sprechen", sagte Erdogan unter stürmischem Beifall der Abgeordneten seiner Partei. Solange kurdische Politiker getötete PKK-Mitglieder als Märtyrer bezeichneten, könnten sie mit keinerlei Entgegenkommen rechnen.

Seine Regierung wolle "dem Hass und der Feindseligkeit" der kurdischen Widerständler mit verstärkten Bemühungen zur Entwicklung des verarmten Südostens antworten: "Wir werden mehr Straßen schaffen, mehr Krankenhäuser, mehr Schulen und mehr Arbeitsplätze." Gegen DTP-Politiker läuft derzeit landesweit eine Verhaftungswelle.

(APA, dpa, Der Standard, 4.4.06; FR, 5.4.06; Hürriyet, Yeni Özgür Politika, 5., 6. und 7.4.06)

IHD Diyarbakir zu den Vorfällen

Der Menschenrechtsverein (IHD) schrieb zu den Auseinandersetzungen nach der Beerdigungsfeier von vier der am 24. März 2006 in Mus-Bingöl getöteten: Seit über einer Woche sind wir Zeugen von Gewalt, die Diyarbakir und viele Orte der Türkei überzieht. Die Nachrichten über Gewalt beunruhigen uns mehr denn je. Als Verfechter der Menschenrechte bringen wir bei jeder Gelegenheit zur Sprache, dass demokratische Rechte und Forderungen mit gewaltlosen Mitteln eingefordert werden müssen. Deshalb ist es nicht akzeptabel, dass Demonstranten, die vom Recht nach Versammlung und Demonstration Gebrauch machen, Geschäfte und öffentliches Eigentum mit Steinen beschädigen. Doch während es selbst in diesem Fall für staatliche Sicherheitskräfte die Möglichkeit gibt, im Rahmen eines Rechtsstaates einzuschreiten, wurde seitens der Sicherheitskräfte unverhältnismäßig und übertrieben Gewalt angewendet. Durch Einsatz von Feuerwaffen und verletzenden Gegenständen wurde ganz offen das Recht auf Leben von Bürgern verletzt. Mit dem 28. März wurde mittels Feuerwaffen und anderer Einsatzmittel das Lebensrecht von zehn Bürgern, davon fünf Kinder, in unserer Provinz und von zwei Bürgern in Kiziltepe gebrochen. Das Recht auf Leben ist überall und unter allen Umständen heilig und unantastbar; wer auch immer dieses Recht verletzt, hat eine Straftat begangen, und die

Leidtragenden sind nicht nur die Getöteten und ihre Angehörige, sondern die ganze Menschheit. (...)

Es ist in der Praxis so, als ob von der Polizei und der Armee die demokratischen Rechte und Freiheiten mit einem unausgesprochenen Putsch ausser Kraft gesetzt wurden. Während es keine einzige Beschwerde oder Anklage gegen Sicherheitskräfte eingeleitet wurden, werden die Führungskräfte der Nichtregierungsorganisationen und politischen Parteien ohne genannte Gründe inhaftiert, womit von den schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen abgelenkt werden soll.

Unabhängig davon, von wo die Gewalt kommt und gegen wen sie sich richtet, kann sie unsererseits nicht akzeptiert werden. Dass in den vergangenen Tagen in Istanbul durch einen Molotow-Cocktail-Angriff auf ein Linienbus die Bürgerinnen Zübiye Karasu (62), Sibel Özkan (23) und Sinem Özkan (19) getötet wurden, hat uns sehr tief betroffen und beunruhigt. Wir verurteilen diese Tat. Auch der Tod von Salim Sahin (50) durch einen Bombenangriff ist zu verurteilen. Wir betonen, dass Gewalt keine Lösung für keine Probleme sein kann. Durch die ansteigende Gewaltbereitschaft werden nur unsere Völker verlieren.

Wir stellen fest, dass das jetzt hervorgetretene Bild der Gewalt durch die fehlende Lösung der anstehenden Fragen mit demokratischen und friedlichen Methoden, vor allem der kurdischen Problematik, verursacht wird. Aus diesem Anlass fordern wir von der Regierung, vom Parlament und von den verantwortlichen Stellen, für die Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen Mitteln dringende Schritte zu unternehmen, die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in Diyarbakir und der Region zu untersuchen und die das Recht auf Leben verletzenden verantwortlichen Sicherheitskräfte zur Verantwortung zu ziehen und das Leid der betroffenen Familien zu teilen und gewissenhafte und entspannende Erklärungen abzugeben."

Auch der islamisch geprägte Menschenrechtsverein Mazlum-Der untersuchte die Ereignisse in Diyarbakir und legte am 6. April einen umfangreichen Bericht vor.

Ali Akinci, Sektionssekretär, IHD-Diyarbakir, 6. April 2006;
Übersetzung ISKU, 9.4.06

Notstand vor der Tür?

Seit dem letzten Sommer beharren die türkischen Militärs auf Notstand und weitreichenden Vollmachten in den kurdischen Gebieten. Die Regierung Erdogan aktivierte im Januar 2006 einen Ausschuss für Terrorbekämpfung unter der Regie von Außenminister Abdullah Gül. Der Ausschuss, in dem die wichtigsten Minister – Inneres, Äußeres, Justiz – ebenso präsent sind wie Armee- und Polizeiführung, setzt unzweideutig auf eine repressive Lösung des Kurdenproblems. Am 3. und 4. April berieten die regierende AKP Fraktion und das türkische Parlament über die neue Dimension der Kurdenfrage in den Städten. Erdogan erklärt tagtäglich, dass er das heldenhafte türkische Militär unterstütze und fest an dessen Seite stehe. Erdogan wird immer aggressiver und bezeichnet selbst NGOs und legale Parteien der Kurden als Verräter.

Die Warteschleife in den Beziehungen mit der EU seit dem 17. Dezember 2004, die Unzufriedenheit ihrer eigentlichen pro-islamischen Klientel (Kopftuchdebatte und Absolventen der Predigerschulen), die hohe Arbeitslosigkeit und 20 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, die bevorstehenden Wahlen zum Staatspräsidenten und Parlamentswahlen in 2007, wo er

sich trotz der Widerstände von Kemalisten und Militärs als Staatspräsident wählen lassen möchte, sind vermutlich Gründe für sein gegenwärtiges Verhalten.

Die Erklärung Erdogans, die Sicherheitskräfte werden gegen die Handlanger des Terrorismus vorgehen, egal ob es sich um Kinder oder Frauen handelt“ besagt eigentlich alles.

EU fordert Untersuchung der Unruhen in der Türkei

Die EU-Kommission hat von der Türkei eine Untersuchung der gewaltsamen Auseinandersetzungen in Zusammenhang mit den Protestdemonstrationen der Kurden im Land verlangt. Die EU werde die Vorgänge auch bei den regelmäßigen Konsultationen über den Stand des Beitrittsprozesses der Türkei zur Sprache bringen, sagte Gesundheitskommissar Markos Kyprianou am 6. April 2006 im Namen der Kommission vor dem Europaparlament in Straßburg.

Die EU zeigte sich zwar „sehr besorgt“ wegen der „Gewalteskalation“ (tagesschau.de am 6. April 2006). Allerdings verurteilte EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn die tödlichen Schüsse von Spezialtruppen auf kurdische Demonstranten nicht, sondern sprach lediglich eine vage „Hoffnung“ aus, dass die Türkei „keine übermäßige Gewalt“ einsetzt.

(yahoo, 6.4.06, junge Welt und Yeni Özgür Politika, 7.4.06; FR, 8.4.06)

Zwei Ex-Militärangehörige zur aktuellen Probleme der Türkei

Boris Kalnoky von „Die Welt“ sprach mit zwei pensionierten türkischen Militärangehörigen, die zwei unterschiedliche Positionen vertreten, sowohl zur EU, als auch zur Kurdenfrage.

General a.D. Edip Baser vertrat die Türkei bei der Nato, kommandierte die 2. Armee im Kurdengebiet und wurde als Generalstabschef gehandelt.

Nach einer Karriere als Militärstaatsanwalt stellt Ümit Kardas seit Jahren die Militärjustiz und überhaupt die Rolle des Militärs in der türkischen Politik in Frage.

Es gibt ein Sprichwort, das besagt: „Nimm die Nachricht von den Kindern.“ Wenn die Kinder direkt gefragt werden, können sie schlecht lügen. So wie die Kinder, geben die Ex-Offiziere die Botschaften der amtierenden Militärs ohne zögern direkt weiter. Wir geben einige Auszüge der Interviews wieder:

Ex-General Baser: „Es gibt kein Kurdenproblem“

DIE WELT: In Europa sagt man, die Türkei sei nicht demokratisch, so lange der politische Einfluss des Militärs bestehen bleibt.

Edip Baser: Es ist umgekehrt. Von Anfang an basierte die republikanische Armee, gegründet von Mustafa Kemal Atatürk, auf dem Ideal der Demokratie. Sie war immer die Beschützerin der säkularen Demokratie. Nur, ohne Sicherheit kann es gar keine funktionierende Regierung und auch keine Demokratie geben. (...)

WELT: Es sind die Politiker, die versagt haben und bis heute versagen?

Baser: Ja. Deswegen musste die Armee vier Mal intervenieren, 1960, 1971/72, 1980 und 1997. Jedes Mal waren die Demokratie und der säkulare Staat in Gefahr.

WELT: Das klingt so, als sei die türkische Gesellschaft noch nicht voll demokratiefähig.

Baser: Die türkische Gesellschaft ist leider tatsächlich noch nicht reif genug. Denn Demokratie setzt Partizipation voraus, aber wann immer etwas in unserem Land falsch läuft, gibt es keine Reaktion aus dem Volk. Das ist aber nicht der Fehler der Türken, sie sind bereit für Demokratie, es ist der Fehler der Politiker. (...)

WELT: Würde ein EU-Beitritt die Demokratisierung fördern?

Baser: Es könnte helfen. Aber es ist seltsam, man sagt uns die Verhandlungen werden 15 Jahre dauern und dann vielleicht ergebnislos bleiben, aber was fordert man von uns als Allererstes? Das Sicherheitssystem zu schwächen. Unsere Gesetze wurden schon umgeschrieben, etwa das Recht, Verdächtige vier Tage ohne Anklage festzuhalten. Aber wir kämpfen gegen Terror und Separatismus und haben den Nahen Osten vor der Haustür. Wir brauchen Mittel, die etwa in Deutschland nicht nötig sind.

WELT: Heißt das, die Reformen sind schon zu weit gegangen?

Baser: Zum Teil, ja. Die Europäer fordern eine Unterordnung des Generalstabs unter das Verteidigungsministerium. Bisher berichtet der Generalstab dem Ministerpräsidenten. Eine Verlagerung zum Verteidigungsministerium geht nicht. Wenn der Generalstab zu einer Art Berater des Verteidigungsministers wird, dann öffnet das einer Politisierung der Armee die Tür. (...)

WELT: Hat die EU vielleicht böse Absichten gegenüber der Türkei?

Baser: Viele Menschen hier glauben, dass die EU nur eine Türkei aufnehmen wird, die geteilt, geschwächt und verkleinert ist. Manchmal denke ich auch so.

WELT: Die Armee ist der Garant des säkularen Staates, aber nun regiert eine islamische Partei. Will die AKP die Türkei islamisieren?

Baser: Manche ihrer Schritte sind nicht in Einklang mit dem säkularen Staat, und das sorgt für Unruhe beim Militär. (...) Jetzt versucht die AKP, alle Schlüsselposten in der Verwaltung und im Justizsystem zu besetzen. Gerade erst hat Präsident Sezer sein Veto gegen 460 solcher Ernennungen eingelegt. (...)

WELT: Man sagt, Regierungschef Recep Tayyip Erdogan will sich dieses Jahr vom Parlament zum Präsidenten wählen lassen. Da würde es dann keine präsidentialen Vetos mehr geben.

Baser: Wenn er Präsident wird, dann wird das Volk dagegen aufbegehren. Wenn die AKP klug ist, und aufrichtig in ihren Beteuerungen, dem Land zu dienen - ich möchte an die Aufrichtigkeit der Parteiführung glauben - dann sollte sie eine neutrale Persönlichkeit zum Präsidenten wählen lassen. (...)

WELT: Sie befehligen jahrelang die 2. Armee in den Kurdengebieten. Wie muss eine Lösung der Probleme dort aussehen?

Baser: Es gibt kein Kurdenproblem. Es gibt ein sozioökonomisches Problem, das aber nicht viel anders gelagert ist als in Teilen Mittelanatoliens, und ein Terror- und Separatismusproblem, das von den Sicherheitskräften gelöst werden muss. (...)

WELT: Bräuchte man nicht auch kurdischsprachigen Unterricht?

Baser: Das geht nicht. Eine zweite offizielle Landessprache einzuführen, wäre der Beginn der Teilung der Türkei. Jeder kann öffentlich kurdisch sprechen, es gibt jetzt Privatschulen für Kurdisch, aber eine zweite offizielle Landessprache darf es nicht geben.

Ex-Militärstaatsanwalt Kardas:

„Das türkische Militär muss in die Kasernen zurückkehren“

Die Welt: Herr Kardas, Sie prangern seit Jahren den Einfluss des Militärs auf Politik und Justiz an. Warum?

Ümit Kardas: Weil es das größte Hindernis für die Türkei darstellt auf dem Weg zu einer echten Demokratie. Seit dem ersten Militärputsch von 1960 hat das Militär seinen Griff auf das Justizsystem ständig ausgebaut. Militärgerichte können über Zivilisten zu Gericht sitzen, damit gehen sie weit über die

traditionelle Funktion von Militärgerichten hinaus, lediglich Disziplin innerhalb der Streitkräfte zu gewährleisten.

Welt: Das türkische Militär sieht sich traditionell ja als Garant der Demokratie. In diesem Sinne äußern sich die Generale gelegentlich zu politischen Entwicklungen. Was ist so bedenklich an derartigen Äußerungen?

Kardas: Allein das ist eigentlich illegal. Nach Paragraph 148 des Militärstrafgesetzbuches dürfen sich Angehörige der Streitkräfte nicht öffentlich zur Politik äußern. Tun sie aber andauernd, und noch nie wurde der Paragraph gegen irgendeinen Offizier angewandt. Warum es bedenklich ist? Das Militär betrachtet die Bürger nicht als mündig, sondern als fehlerhaft. Wenn die Militärs nicht aufhören, die Politik zu bevormunden, kann nie eine Demokratie der mündigen Bürger entstehen.

Welt: Was schlagen Sie vor?

Kardas: Der Nationale Sicherheitsrat, ein Gremium, bei dem lange die eigentliche Macht im Staat lag und größtenteils noch liegt, sollte abgeschafft werden. Das Militär, das wie eine politische Partei funktioniert, mit dem Unterschied, dass es sich nie vor den Wählern verantworten muss, sollte sich in die Kasernen zurückziehen. Gesetze, die es verbieten, das Militär in Frage zu stellen, gehören umgeschrieben oder gestrichen. Es gibt in dem Sinne bei uns ja keine Meinungsfreiheit. Man darf nicht gegen das Militär sprechen.

Welt: Ist das so? Sie selbst haben viel gegen das Militär gesagt und geschrieben, ohne Probleme zu bekommen.

Kardas: Nicht jeder ist so glücklich wie ich. Es gibt aber bei uns viele Prozesse gegen Leute, die das versucht haben.

Welt: Kürzlich beantragte ein Staatsanwalt Ermittlungen gegen den designierten Generalstabschef Büyükanit. Da ging es um außerrechtliche Gewalt gegen Kurden, der Fall von Semdinli, bei dem Geheimdienstmitarbeiter selbst einen Anschlag auf eine Buchhandlung verübten. Das Militär hat den Fall abgeschmettert.

Kardas: Ja, und das kommt einem Freispruch ohne Gerichtsverhandlung gleich. In einem Rechtsstaat hätte der Staatsanwalt ermitteln dürfen, bei uns hängt es von einer Erlaubnis der Militärs ab.

Welt: Wie solche Ermittlungen abgewürgt werden, haben Sie als Militärstaatsanwalt selbst erfahren müssen?

Kardas: Ja, ich war Anfang der achtziger Jahre im Südosten eingesetzt. Mir wurde ein Fall von Folter an kurdischen Zivilisten durch türkische Militärs vorgebracht, und ich beschloss zu ermitteln. Ich war damals wohl der einzige Militärstaatsanwalt, der solchen Dingen nachgehen wollte. Ich musste einen Offizier zu der Sache vernehmen. Vorher kam der Kommandant zu mir, reiner Small talk, aber ich verstand den Wink. Dann rief ich den Offizier herein, und nach der Vernehmung wurde ich ins Büro des Kommandanten bestellt. Da war auch der Offizier, sie unterhielten sich in bestem Einvernehmen. Auch das war ein Wink. Ich habe trotzdem weiterermittelt und ein Verfahren eingeleitet. Aber mir wurde der Fall entzogen, und ich wurde in einen anderen Landesteil versetzt.

Welt: Sie werden als Kurdensympathisant angegriffen. Andere nennen Sie einen Sympathisanten der islamisch orientierten Regierungspartei AKP, immerhin schreiben Sie in der proislamischen Zeitung "Zaman".

Kardas: Ich unterstütze die AKP nicht. Sie kann das Land nicht demokratisieren, denn ihr fehlt der Mut für eine Konfrontation mit den Militärs. Und ich bin kein Kurde, aber die Kurden vertrauen mir, weil ich damals bereit war, Ungerechtigkeiten fair nachzugehen. Und auch, weil ich klar sage: Wir haben ein Kurdenproblem, und es muss gelöst werden.

(Die Welt, 6. und 7.4.06)

GfbV: Neben Saddam sind auch deutsche Giftgas-Firmen Verantwortlich

Nach der Ankündigung eines zweiten Prozesses gegen den gestürzten irakischen Staatschef Saddam Hussein wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) gefordert, auch in Deutschland diejenigen Firmen zur Verantwortung zu ziehen, die an der Vorbereitung dieser Verbrechen beteiligt waren.

Saddam Hussein wird vorgeworfen, die von Giftgasangriffen begleitete so genannte Anfal-Offensive auf kurdische und assyro-chaldäische Dörfer im Nordirak initiiert zu haben. Dabei waren seit 1987 verschiedenen Schätzungen zufolge zwischen 100.000 und 182.000 Menschen vernichtet worden.

Unter Führung der beiden hessischen Unternehmen Karl Kolb GmbH und Pilot Plant hatten eine Reihe von deutschen Firmen den Aufbau der Giftgas-Anlagen im irakischen Samarra vorangetrieben. Die GfbV hatte diese Firmen bereits im April 1987 in Presseerklärungen beschuldigt, für die Vernichtung von Tausenden Zivilisten in den Kurdenregionen des Irak Verantwortung zu tragen. Das Bonner Landgericht hatte unserer Menschenrechtsorganisation bei einer Androhung von zwei Mal 500.000 DM Bußgeld am 4. August 1987 untersagt, diese Beschuldigungen zu wiederholen. Das Kölner Oberlandesgericht hatte dann diesen Richterspruch am 11. Januar 1988 aufgehoben, nachdem die GfbV sich auf israelische Quellen berufen hatte. GfbV, 5.4.06, nahost@gfbv.de, www.gfbv.deNahost

Internationaler Appell

Türkei führt Krieg gegen kurdische Kinder und Jugendliche Europas Verantwortung für eine friedliche und gerechte Lösung

Türkische Panzer und Wasserwerfer jagen kurdische Demonstranten. Schüsse, Tränengas, zerbrochene Scheiben, brennende Häuser, Schreie, Tote. - Tagelang herrscht Aufruhr in kurdischen Städten der Türkei, in Diyarbakir, Batman, Hakkari, Siirt, Mardin, Kiziltepe und Nusaybin; Diyarbakir wie im Kriegszustand. Die bisherige Bilanz: Sieben Tote (15 Tote, AdR), darunter Kinder und Jugendliche, und Hunderte von Verletzten.

Für den türkischen Regierungschef Recep Tayyip Erdogan steht fest: Das ist das Werk der „Terroristen“. Wer seine Kinder von diesen missbrauchen lasse, werde „vergeblich“ um sie weinen. „Unsere Sicherheitskräfte werden tun, was sie zu tun haben, egal wer die Menschen sind, die dem Terrorismus als Instrument dienen, ob es Kinder oder Frauen sind.“

Noch kurz zuvor hatten die Kurdinnen und Kurden friedlich ihr Neujahrsfest Newroz gefeiert.

Um ihre Hoffnung auf Frieden wurden sie erneut betrogen. Denn Ankara bereitete groß angelegte provokative Militäroperationen in den kurdischen Gebieten vor, setzte letal wirksame und nach internationalem Recht verbotene toxische Stoffe ein. 14 Widerstandskämpfer starben. Bei der Beerdigung von vier der Getöteten in Diyarbakir entlud sich die Wut vor allem jugendlicher Kurden über die getäuschten Hoffnungen, die anhaltenden Repressionen, die Rechtlosigkeit, die fehlenden Perspektiven.

Der Bürgermeister von Diyarbakir – um Vermittlung bemüht – wurde von den türkischen „Sicherheitskräften“ mit Gewalt bedroht und angegriffen, Ärzten und Krankenhäusern die

Behandlung der Verletzten untersagt, das staatliche Hospital von Soldaten umstellt.

Die Trauerzüge tausender Menschen, die ihre Toten beklagen und beerdigen wollten, wurden mit Gaswaffen und Geschossen daran gehindert.

So erfahren Millionen kurdischer Menschen aufs Neue, dass die behaupteten und von ihnen erhofften Reformen des europäisch/türkischen Anbindungsprozesses für sie nicht gelten, nur auf dem Papier stehen.

Angesichts dieser schrecklichen Militäreinsätze gegen die kurdische Zivilbevölkerung ergeht dieser Appell an die internationale Öffentlichkeit

und an die verantwortlichen Institutionen der EU, den Europarat und besonders an den für die Türkei anbindung zuständigen EU-Kommissar Rehn sowie die EU-Präsidentschaft Österreichs:

Mit einem unverzüglichen förmlichen VETO muss der aktuellen massiven Kurdenverfolgung ein sofortiges Ende gesetzt werden!

Europäische Gerichte und Instanzen müssen diese entsetzlichen Vorfälle untersuchen und die Schuldigen bestrafen!

Europa, seine nationalen Regierung, die Medien und die Weltöffentlichkeit müssen zur Kenntnis nehmen, was in den kurdischen Gebieten der Türkei passiert, und sich aktiv für die Beendigung der fortdauernden Verschleppungen, Verhaftungen und Morde einsetzen.

Europa muss endlich seine Möglichkeiten nutzen, damit eine dauerhafte friedliche Lösung durchgesetzt wird, die die Rechte der Kurdinnen und Kurden anerkennt und garantiert.

Darum appellieren wir.

Dafür stehen wir auch persönlich ein.

Der Appell wurde von vielen europäischen Persönlichkeiten unterschrieben. Weitere Infos: MESOP@online.de

Kurden in Syrien

Kamashli ist die heimliche Hauptstadt der Kurden in Syrien. Am Dreiländereck Türkei, Irak, Syrien gelegen, ist sie mit rund 350.000 Einwohnern die größte Stadt im Nordosten des Landes. Gegründet in den zwanziger Jahren von der französischen Mandatsmacht, siedelten sich hier neben armenischen Flüchtlingen, die den Genozid in der Türkei überlebt hatten, assyrische Christen und Kurden aus dem Umland, aber auch aus der Türkei und dem Irak an. (...)

In Syrien leben etwa zwei Millionen Kurden. Mit etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung stellen sie die größte Minderheit dar. In Kamashli konzentrieren sich auch die Aktivitäten der verschiedenen kurdischen Parteien, die zwar allesamt verboten sind, deren Tun von der syrischen Regierung aber in Maßen geduldet wird. (...)

Noch immer kontrolliere der Geheimdienst der herrschenden Ba'ath-Partei minutiös jede politische Regung im Land. Von Berufsverboten über Verhaftungen bis hin zu schwerer Folter reiche das Spektrum der Repression, die insbesondere all jene zu spüren bekämen, die sich irgendwie in der Opposition betätigen. (...)

Die faktische Selbstverwaltung im Nordirak und das damit einhergehende neue Selbstbewusstsein der irakischen Kurden strahlt seit langem, sehr zum Missfallen der syrischen Regierung, auf den Nordosten Syriens aus. (...)

Ein Großteil des fruchtbaren Gebietes Syriens liegt, wie die wenigen Erdölvorkommen im kurdischen Nordosten des Landes.

Nur fließt das hier erwirtschaftete Geld nach Damaskus und Aleppo, größere Investitionen in die Infrastruktur werden, wenn überhaupt, nur in Orten getätigt, in denen das Regime Araber angesiedelt hat, um die demographische Zusammensetzung der Region zu verändern. So wurden kurdische Ortsnamen geändert und neben kurdischen Siedlungen arabische gebaut. (...)

So besteht eine der Forderungen aller kurdischen Parteien in Kamashli auch darin, die forcierte Arabisierung des Nordostens rückgängig zu machen. Von kurdischer Eigenstaatlichkeit oder politischer Selbstverwaltung spricht dagegen niemand. Man will eine Demokratisierung des Landes und freie Wahlen, kulturelle Autonomie und die Zulassung der kurdischen Sprache in Schulen und Universitäten. Eine weitere ganz wichtige Forderung besteht darin, alle in Syrien lebenden staatenlosen Kurden einzubürgern. (...)

Sie alle sind „Staatenlose“ oder Ajnabi (Fremde), wie sie in Syrien heißen, so wie weitere 225.000 Kurden in Syrien auch. (...) Wer einen roten Ausweis besitzt, ist in Syrien nicht einmal mehr Bürger zweiter Klasse: Er darf weder Land noch ein Geschäft besitzen, nicht für den Staat arbeiten und nicht einmal in einem Hotel übernachten. Außerdem hat er kein Recht auf staatliche Krankenversorgung.

(Auszüge aus einem Artikel von thomas von der osten-sacken in Jungle World, 22.3.06)

Einbürgerung nach PKK-Kontakten

Frühere Kontakte der Kurden zur Arbeiterpartei Kurdistans PKK stehen einer Einbürgerung in Deutschland nicht entgegen. Das Oberverwaltungsgericht des Saarlandes hat in mehreren Verfahren über Ansprüche der Kurden, die sich seit vielen Jahren - zum Teil seit ihrer frühen Kindheit - rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, auf Einbürgerung entschieden. Entscheidend ist im Einzelfall, ob der Einbürgerungsbewerber hat glaubhaft machen können, sich dauerhaft von der PKK abgewandt zu haben. Die an die Glaubhaftmachung zu stellenden Anforderungen richteten sich dabei nach Art, Gewicht und Häufigkeit der Unterstützungshandlungen sowie der seither verstrichenen Zeit. Fünf der Einbürgerungsbewerber hatten vor fünf Jahren Formulare mit der Überschrift „Auch ich bin PKK'ler“ unterzeichnet. Von zwei Einbürgerungsbewerbern wurde die Einbürgerung abgelehnt, weil sie immer wieder die PKK mit Spenden, dem Verteilen von Zeitschriften und der Teilnahme an Veranstaltungen unterstützt. Az.: OVG des Saarlandes, Az 1 R 1/06, 1 R 2/06, 1 Q 4/06 und 1 Q 3/06.

(www.jurion.de, 31.3.06; FR, 1.4.06)

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; <http://www.nadir.org>
DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/
Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de
Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de
Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net
Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net
Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de